

Wer macht Energiepolitik?

Es gibt eine Vielzahl von Akteuren, die im Bereich der Energiepolitik aktiv sind und an Entscheidungen mitwirken. Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Interessen, Zielvorstellungen, Funktionen, Organisation und Einflussmöglichkeiten voneinander.

EU und internationale Ebene

Zu berücksichtigen ist, dass aus deutscher Sicht auch die Europäische Union eine wichtige Größe ist. Von ihr gehen z. B. Impulse aus, wenn es um Themen wie Wettbewerbspolitik und Umweltschutz geht. Zahlreiche Verordnungen und Richtlinien schreiben eine gemeinsame energiepolitische Richtung vor. Auch große internationale Abkommen wie beispielsweise das Kyoto-Abkommen zum Klimaschutz nehmen Einfluss auf die europäische und nationale Energiepolitik.

Bundesebene

Dass die Energiepolitik auf Bundesebene ein wichtiges Thema ist, erklärt sich fast von selbst. Rechtsvorschriften wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurden vom Bundestag verabschiedet und gelten überall in Deutschland. In verschiedenen Ministerien gehören Energiefragen zu den bedeutendsten Arbeitsfeldern. Das „Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit“ setzt sich unter anderem mit dem Klimaschutz und der Endlagerung radioaktiver Abfälle auseinander. Geht es dagegen um Laufzeitverlängerungen von Kernkraftwerken ist das „Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie“ zuständig, das sich allgemein mit Fragen der Energieversorgung beschäftigt.

Bundesländer

Aber auch die Bundesländer sind energiepolitisch aktiv. Das Beispiel Steinkohle hat gezeigt, dass die Frage nach der Schließung von Bergwerken in Deutschland ein wichtiges Thema war und ist. Die wenigen noch aktiven Zechen liegen alle in NRW und im Saarland. Verständlich ist, dass dort Kohlepolitik eine besondere Rolle spielt. Auch viele Förderprogramme – etwa zur Unterstützung regenerativer Energiequellen – werden nicht bundesweit, sondern für bestimmte Regionen ausgeschrieben.

In **Niedersachsen** beschäftigt sich insbesondere das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz mit den Themen Energie sparen, Ausbau erneuerbarer Energien und Klimaschutz. Die Regierung hat auch ein Energiekonzept entwickelt, das beschreibt, wie die zukünftige Energieversorgung in Niedersachsen aussehen soll. Ziel ist es, bis 2020 25 Prozent des niedersächsischen Endenergieverbrauchs (d. h. Strom, Wärme und Mobilität) durch erneuerbare Energien zu decken. Weitere Informationen finden Sie unter folgendem Link: www.umwelt.niedersachsen.de/energie/102802.html

Nordwesten als wichtige Energieregion

Etwa ein Viertel des in Deutschland geförderten Erdöls stammt aus der Region Nordwesten; bei Erdgas liegt der Anteil sogar bei 37 Prozent. Viele aus dem Ausland bezogene fossile Energieträger werden über die norddeutschen Häfen oder Pipelines in der Region eingeführt und weiterverteilt. Wilhelmshaven ist beispielsweise der größte Umschlaghafen für Erdöl in Deutschland. Deshalb gibt es auch große Speicheranlagen (z. B. Erdgas-Karvernenspeicher in Etzel, Huntorf, Nüttermoor; Erdöl-Karvernenspeicher in Wilhelmshaven-Rüstringen, Nordenham-Blexen). Darüber hinaus werden etwa 10 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen für den Energiepflanzenanbau für Biogasanlagen genutzt.

In der Region wird Strom sowohl mithilfe erneuerbarer Energien als auch in fossilen Kraftwerken erzeugt. Kraftwerke, die mit Erdgas, Steinkohle und zum Teil auch Mineralöl betrieben werden, befinden sich in Elsfleth, Emden, Huntorf, Lingen, Wilhelmshaven und Varel. Das Kernkraftwerk Lingen ist stillgelegt; das Kernkraftwerk Emsland noch in Betrieb. Im Bereich der erneuerbaren Energien sind über 40.000 Anlagen im Nordwesten installiert, die auch nach dem EEG vergütet werden. Photovoltaikanlagen machen dabei etwa 90 Prozent aus; daneben spielen Windkraft und Biomasse eine große Rolle. Die installierte Leistung dieser Anlagen beträgt zusammen etwa 4,4 Gigawatt (GW) und liegt damit höher als die Leistung der fossilen Kraftwerke (ohne Kernenergie). In Deutschland kommen etwa 7,5 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen aus dem Nordwesten.

Quelle: Oldenburger Energiecluster OLEC (Hg.) (2013): Potenzialstudie Energieregion Nordwest. Studie im Rahmen des Projektes Hansa Energy Corridor (HEC), abrufbar unter: <http://www.energiecluster.de/>

Kommunen

Auf kommunaler Ebene ist der Spielraum für energiepolitische Maßnahmen natürlich begrenzter, dennoch sind auch die Städte und Gemeinden wichtige Akteure. Sie spielen neben den Bundesländern zum Beispiel dann eine große Rolle, wenn es um die Errichtung von Windrädern geht. Die Kommunen weisen etwa sogenannte Vorrang-Flächen aus, genehmigen Anträge und verhindern gegebenenfalls auch den Bau neuer Anlagen. Daneben beteiligen sich viele Kommunen sehr aktiv an Initiativen, in denen es beispielsweise um den effizienten und sparsamen Einsatz von Energie geht. Aktuell wird sehr intensiv über das Thema Übernahme und Betrieb von Strom- und Gasnetzen durch die Kommunen diskutiert. In der **Stadt Oldenburg** beschäftigen sich im Stadtrat beispielsweise der Umweltausschuss und auch der Ausschuss für Wirtschaft mit energiepolitischen Themen.

Interessengruppen

Eine besondere Rolle spielen auch Interessengruppen, wenn es um Energiepolitik geht. Bürgerinitiativen, Umweltschutzorganisationen, Wirtschafts- und Unternehmensverbände – sie vertreten für ihre Mitglieder Meinungen (nicht nur) zu energiewirtschaftlichen Themen und bringen diese in den öffentlichen Diskurs ein. Die Ansichten unterscheiden sich voneinander oft sehr deutlich: Eine Umweltschutzorganisation wird eine andere Position in Dis-

kussionen um Tempolimits auf Autobahnen vertreten als der Verband der Automobilindustrie oder der Allgemeine Deutsche Automobilclub (ADAC).

Gemeinsam ist allen, dass sie versuchen, die Interessen einzelner Personen oder Personengruppen zu bündeln, um die jeweiligen Zielvorstellungen leichter zu realisieren. Man spricht deshalb von Interessenvertretungen. In Deutschland sind über 5.000 Verbände mit politischen Interessen registriert. Dazu zählen u. a. Gewerkschaften, Verbraucherschutzorganisationen, aber auch öffentliche Institutionen wie Industrie- und Handelskammern. Daneben gibt es noch Bürgerinitiativen, die man auf kommunaler oder regionaler Ebene findet. Sie entstehen oft spontan und beschäftigen sich in der Regel nur mit einem bestimmten Thema – z. B. weisen sie auf Missstände hin wie den Mangel an Kindergartenplätzen oder artikulieren Protest gegen ein geplantes Bauprojekt.

Wollte man eine Liste der Interessenvertretungen anfertigen, die in energiepolitischen Diskussionen anzutreffen sind, wäre diese sehr lang. Deshalb sind in der nachfolgenden Grafik nur die wichtigsten Akteure in Gruppen zusammengefasst.

Umweltverbände	Branchenverbände	Bürgerinitiativen	weitere Gruppen
z. B. Greenpeace, Robin Wood, NABU, BUND ...	z. B. Bundesverband für Erneuerbare Energien (BEE), Bundesverband Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) ...	z. B. Lohne wehrt sich, Bürgerinitiative für Ostrhauderfehn ...	z. B. ADAC, Verbraucherschutzbund, Gewerkschaften ...